Dresden, 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Numm. 10 Pfge. Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinschluß. Acht Silben kosten 10 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Hôtel zum Bad in Tharandt,
schönster, angenehmster Aufenthalt in Tharandt, empfiehlt einem hochgeehrten Publikum, grossen und kleinen Gesellschaften sein Hôtel und Pensionat, Garten, Restaurations-Lokale und Saal. Piano zur gefälligen Benutzung. Stets frische Forellen, gute Küche und Keller. Ausspannung. Hochachtungsvoll **H. W. Donner.**

Für Vogelschiessen und Schulfeste
empfehle ich mein grosses Lager von Gewinnen und Prämien zu niedrigsten Preisen.
F. G. Petermann,
Galanteriewaarenhandlung,
Dresden, Galeriestrasse Nr. 10.

Shlips- und Cravatten-Fabrik
Richard Poppe & Weise,
Wilsdrufferstrasse 29, part. und I. Etage,
empfiehlt ihr reichhaltiges Lager allen Consumenten.

Frankreich. Die Kammer nahm das Cultusbudget an, lehnte aber die Wiederherstellung der früheren Gehälter, die Besoldung der Prälaten und Kardinäle, ab.

Türkei. Pariser und Philippopeler Briefe der „Pol. Korr." signalisiren übereinstimmend die Eventualität, daß Mleko Pascha, welcher nächsten Sonnabend nach Konstantinopel reist, nicht mehr als Generalgouverneur Ostrumeliens nach Philippopel zurückkehrt.

England. Bradlaugh wurde auf Antrag Northcote's wieder in Freiheit gesetzt.

Amerika. Die Convention in Cincinnati ernannte General Hancock zum demokratischen Candidaten der Präsidentschaft.

Nr. 177. Witterung vom 24. Juni: Barometer nach Dove-Jelinek, Maxime 19 (früh 7 Uhr) 751 Mill., fast gestern 1 Millim. gefallen, Thermometertag. u. Maxim.: 18° R., niedr. Temp. 15° R., höchste 27° R. Süd-Südwest. Bewölkt. Aussichten für den 25. Juni: Veränderlich, zeitweise Niederschläge, Temperatur dieselbe, Neigung zu Gewittern. **Freitag, 25. Juni.**

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das Abonnement für das dritte Quartal 1880 baldigst erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung weiter liefern können.

Sämmtliche Postanstalten des deutschen Reichs und Auslandes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

In Dresden abonnirt man (incl. Bringerlohn) vierteljährlich mit 2 Mark 50 Pfg., bei den kaiserlichen Postanstalten in Sachsen mit 2 Mark 75 Pfg.

Expedition der Dresdner Nachrichten, Marienstr. 13.

Politisches.

Gestern ist endlich die zweite Lesung des Kirchendiktaturgesetzes bis zum Schlusse vorgerückt. Alles, was bisher beschlossen worden ist, gilt nur vorläufig. Die Zeit des Handelns ist jetzt gekommen, „Handeln", sowohl im Sinne des Arbeitens, als dem des Schacherns aufgefaßt. Ein Kompromiß wird bis zur dritten Lesung fertig gezimmert und die Hauptaxt führt dabei Herr v. Bennigsen. Für das Werk sind etwa 40 Nationalliberale bereits gewonnen, die im Verein mit den Konservativen der Vorlage eine der Regierung erwünschte Fassung geben. Einzelne Artikel, wie der Bischofsparagraph, werden nur noch fortgeschleppt, um als Tauschmittel verwendet zu werden. Die Bischöfe holt man auch ohne besonderen Gesetzesartikel zurück und die Regierung erhält das Recht, nach Gutdünken ihnen einen Amtseid anzusinnen oder zu erlassen. Es läßt sich eben jeder Baum zum Balken zurechthauen, wenn auch die Stücken d'rum herum fliegen. In Preußen lehnt ein Landtag nicht so leicht einen Gesetzentwurf der Regierung ab. Bieten sich einmal außergewöhnliche Schwierigkeiten, so gewinnt man einen Abgeordneten durch das Vorzeigen eines Ministerportefeuilles, Kopf und Kragen daran zu setzen, irgendwie das Gesetz durchzubringen. Herr v. Bennigsen glaubt jetzt Anspruch auf eine außerordentliche Belohnung zu haben; er möchte gern an Stelle Puttkamer's Kultusminister in Preußen werden. Um so empfindlicher schmerzte es ihn, daß er an seine „revolutionäre Vergangenheit" von 1866, an seinen Eid gegen den König von Hannover und seine Thätigkeit als Präsident des Nationalvereins öffentlich erinnert wurde. Das Ministerportefeuille glaubt aber Bennigsen damit verdient zu haben, daß er bei § 9 des Kirchengesetzes das Gegentheil von dem that, was er früher verschworen hatte. Die Konservativen hatten ursprünglich beantragt, den groben Fehler der Falk'schen Maigesetze: daß sogar das Spenden der Sterbesakramente einen dazu unberechtigten Priester ins Zuchthaus bringt, zu beseitigen. Ebenso sollte das Messelesen außerhalb der Pfarrgemeinde in gewissen Fällen straflos bleiben. Letzteres verwarf Bennigsen anfangs absolut, jetzt ist ihm die Einsicht gekommen und er schließt sich den Konservativen an, so daß dieser Artikel mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Er ist in der That geeignet, wesentlichen religiösen Bedrängnissen der Katholiken abzuhelfen und insofern verbürgt seine Annahme das Zustandekommen des Gesetzes überhaupt. Den Katholiken genügt das freilich nicht, sie verlangten, daß das Spenden der Sterbesakramente und das Messelesen überhaupt straffrei bleibe. Im Grunde kann man dieses Verlangen nicht tadeln. Ebenso wie sich in uns der Protestant empört, weil die Tiroler Bischöfe den zwei kleinen armen Protestantengemeinden in Innsbruck und Meran die freie Religionsübung mißgönnen und zu ihrer Beseitigung auffordern, ebenso muß es dem Katholiken einen Stich ins Herz geben, wenn seine Priester die Amtshandlungen nur ausnahmsweise vornehmen dürfen. Das englische Parlament der Elisabeth bestrafte allerdings das Spenden der Sterbesakramente und das Messelesen mit dem Tode, aber des 19. Jahrhunderts ist es auch nicht würdig, daß das preußische Parlament staatsungefährliche Amtshandlungen von Priestern nur ausnahmsweise straffrei erklärt.

Konsequenz ist eben eine hübsche Sache. Das kann sich auch der Papst merken. Augenblicklich tagt in Madrid eine europäische Konferenz, die sich mit den trübseligen Verhältnissen von Marokko beschäftigt. Nur ausnahmsweise ist in diesem afrikanischen Kaiserthum den Christen Aufenthalt, Religionsübung und Betreibung bürgerlicher Gewerbe gestattet. Die Konferenz will dort bessere Zustände schaffen. Nun hat der Papst die österreichische Regierung gebeten, auf der Madrider Konferenz darauf zu dringen, „daß in Marokko allen Bewohnern ohne Ausnahme freie Religionsübung gestattet werde." Diesem erhabenen Grundsatze wird Niemand seine Anerkennung versagen. Ein solches erlösendes Wort klang lange nicht von St. Peters Stuhle. Seltsam ist es dabei nur, daß der Papst kein Wort des Tadels gegen seine Tiroler Bischöfe hat. Den islamitischen Staaten die Duldung Andersgläubiger rathen, in christlichen Staaten jedoch die Unduldsamkeit der Diener der eigenen Kirche gegen andere Christen ungetadelt lassen, ist ein arger Widerspruch.

Bradlaugh, der Gottesleugner, ist jetzt der Held des Tages in England. Wer ist Bradlaugh? Aus niederen Verhältnissen hat er sich zu einer höchst einflußreichen Stellung unter seinen Landsleuten emporgeschwungen. Ursprünglich ein Advokatenschreiber, gilt er jetzt als einer der ersten Kenner des so schwierigen englischen Rechts. Er verfügt über ein staunenswerthes Wissen, namentlich rühmt man den Reichthum seiner volkswirthschaftlichen Kenntnisse. Dabei ist er ein ausgezeichneter Redner. Arbeiterversammlungen hat er wiederholt durch die zündende Macht seiner Rede fortgerissen. Auch seine theologischen Kenntnisse sind höchst bedeutend; leider haben sie ihn zum Leugnen der Gottheit, eines Schöpfers der Welt überhaupt, geführt. Politisch steht er als Radikaler auf dem äußersten linken Flügel. Er nennt sich mit Stolz „Republikaner und Atheist". Er ist ferner begeisterter Anhänger des sog. Zweikindersystems, geradezu widerwärtig aber ist seine Agitation für die Einbürgerung dieser Verirrung. Um der Uebervölkerung seines Landes zu begegnen, empfiehlt er, gestützt auf die Malthusianischen Grundsätze, den Eheleuten, die Zahl ihrer Kinder nicht über ein Paar wachsen zu lassen. Als er ein darauf gerichtetes Buch herausgab, wurde er zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilt. Sofort gründete er eine Zeitung zu dem ausdrücklichen Zwecke, für das Zweikindersystem Propaganda zu machen. Ferner verbündete er sich mit der geschiedenen Frau eines englischen Geistlichen, die, obwohl Mutter mehrerer Kinder, feurig für dieses System schwärmt. Es gehört jetzt zu den interessantesten, wenn auch widerwärtigsten Erscheinungen des öffentlichen Lebens Altenglands, die geschiedene Pastorsfrau, ein dralles Weibchen mit blitzenden Augen, in öffentlichen Versammlungen gegen den Kindersegen losziehen zu hören. Sie sowohl als Bradlaugh geben in Volksversammlungen, die von Tausenden von Menschen beiderlei Geschlechts besucht werden, Ehegatten die detaillirtesten Anweisungen zu verbrecherischem oder widernatürlichem Thun. So ist Bradlaugh, den sein eminenter Geist, sein Universalgenie nicht vor Ueberstürzungen in's Extreme, noch weniger vor empörenden Verirrungen hat abhalten können. Mit all seinem reichen Wissen trägt er im höchsten Grade zur schwersten Schädigung der Moral bei, er ist ein genialer Wanderprediger des Verbrechens und der Unsittlichkeit geworden.

Zweimal candidirte dieser Bradlaugh um einen Sitz in's Unterhaus. Jetzt endlich wählten ihn die durch ihre ausgezeichneten Stiefeln berühmten Schuhmacher von Northampton. Ganz England erörterte seit Monaten die Frage: Wird der Gottesleugner und Republikaner Bradlaugh beim Eintritt in's Parlament den Eid der Treue leisten unter Anrufung Gottes? Der Eid selbst lautet:

„Ich schwöre, daß ich treu sein und Ihrer Majestät der Königin Victoria den wahren Lehnseid halten werde; und ich verspreche getreulich, die Nachfolge der Krone zu erhalten und zu unterstützen, wie sie in dem unter Wilhelm III. im „Akt für die fernere Begrenzung der Krone und zur besseren Sicherung der Rechte und Freiheiten der Unterthanen" sowie in den folgenden Unions-Akten mit Schottland und Irland umschrieben und festgesetzt ist. So helfe mir Gott!"

Ursprünglich hatte der Schlußsatz eine Bezugnahme auf den christlichen Glauben. Nun sparten Rothschild und Salomon s. Z. kein Gold, um Parlamentsmitglieder zu werden. Regelmäßig erschienen sie vor den Schranken des Unterhauses und baten um Zulassung, indem sie gleichzeitig als Israeliten sich weigerten, einen specifisch christlichen Eid zu leisten (was ihnen Niemand verargen wird). Das Unterhaus ließ sie jedoch nicht zu. Die Rothschild's hatten einen längeren Geldbeutel, als das Unterhaus Geduld, und da sie regelmäßig wieder gewählt wurden, gab letzteres endlich nach, ließ aus der Eidesformel jede Bezugnahme auf das Christenthum weg und ersetzte sie durch die Schlußworte „So help me God." Später wurden es auch Quäker und Andere, denen ihr Glaube überhaupt verbietet, einen Eid zu leisten, zugelassen. Das Unterhaus begnügte sich damit, von diesen aufrichtigen Christen eine Versicherung an Eidesstatt anzunehmen. Die Worte: „Ich schwöre" und „So wahr mir Gott helfe" ersetzen sie durch: „Feierlich, aufrichtig und wahrhaftig erkläre und bekräftige ich". Diese Worte hat auch Bradlaugh vor Gericht häufig an Eidesstatt gebraucht. Mit der gewissenlosen Frivolität aber, die ihm eigen ist, erklärte er in einer Zuschrift an die „Times", er würde jeden Eid, auch den mit der Anrufung Gottes, schwören, weil er überhaupt von einem Eide nicht viel halte. Das war eine freche Herabwürdigung einer Einrichtung, auf welcher schließlich alle Einrichtungen im menschlichen Leben beruhen. Denn wohin kommt man, wenn die Versicherung der Wahrheit nur als Firlefanz gilt? Richtig meldete sich Bradlaugh ganz flugs zum Schwören des Eides. Der Präsident (Sprecher) ließ ihn jedoch nicht zu, sondern gab die Frage zur Prüfung an einen Ausschuß. Dieser schlug vor, ihn nicht zum Eide zuzulassen, aber vor dem Unterhause eine Erklärung an Stelle des Eides zu gestatten. In letzterem Falle hätte nach englischem Rechte Jedermann den Deputirten verklagen können, weil er ohne Eid im Parlament sitze, und auf solchen „Bruch der Privilegien des Parlaments" stehen schwere Strafen. Gladstone sprach sich für den Ausschußantrag aus, aber seine Partei ließ ihn im Stiche; vielmehr errangen die Tories einen bedeutsamen Sieg, indem das Unterhaus beschloß, Bradlaugh überhaupt nicht zuzulassen. Dieser hatte bisher durch die Fensterscheiben des Corridors mit Schmunzeln in das Unterhaus geblickt, jetzt erschien er selbst in eigener Person und verlangte als Erwählter des englischen Volkes, seinen Sitz einnehmen zu dürfen. Man gab ihm das Wort. Er sagte: seine Ausschließung sei eine Beeinträchtigung seiner Rechte, denn er, der Gottesleugner, wolle partout schwören. Der Sprecher ließ dies nicht zu: Bradlaugh wurde durch den Kammerdiener gewaltsam aus dem Saale geführt, kehrte trotzdem zurück und wurde nun, nach zweistündiger Debatte, wobei von 281 Abgeordneten nur 7 widersprachen, abermals ergriffen und in den Parlaments-Carcer abgeführt. Dort sitzt er wegen Privilegienbruchs. Seine freche Auflehnung gegen die Ordnung wird ihm theuer zu stehen kommen. Werden die Schuster Northamptons bei diesem gottlosen Leisten bleiben und solchen Menschen abermals wählen? Bereits liegt ein Antrag dem englischen Parlamente vor, der Stadt Northampton wegen der Wahl eines Gottesleugners das Wahlrecht ganz zu nehmen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 24. Juni. Abg.-Haus. Kirchenvorlage. § 10 will den religiösen Genossenschaften, die sich mit der Krankenpflege befassen, die Errichtung neuer Niederlassungen unter staatlicher Genehmigung gestatten, ebenso die Pflege von Tauben, Stummen, Idioten, gefallenen Frauenspersonen und Waisenkindern. Reichensperger preist die segensreiche Wirksamkeit der Klöster, der Ordens-Krankenpflege; das freie England fürchte sich vor den Klöstern nicht, die dort zahlreich aufblühten. Redner verlangt die unumschränkte Zulassung zu den Orden, verwirft die Polizeiaufsicht über die barmherzigen Schwestern, fordert die Erziehung von Waisenkindern durch die Kirche. Die staatliche Erziehung und Pflege derselben erzeuge Irreligiosität und führe zum Sozialismus. Wenn Preußen eine Anzeigepflicht der Bischöfe, wie sie im Großherzogthum Oldenburg bestehe, wolle, so würde sie die Kirche ohne Weiteres zugestehen. Die in Leipzig erscheinende „Evangel. Kirchenzeitung" sage, daß der Papst Preußen weit genug entgegengekommen sei. Vielen Stadträthen seien Ordensschwestern als Waisenmütter lieber, als modern aufgeklärte Schulmeister, die auf allen Congressen herumreisen. P. Stöcker: Zu den Ruinen des Kulturkampfes gehörten verödete Klöster, worinnen sonst viel wohlthätige und stille Thätigkeit sich entfaltete; doch waren sie immer die Stätten des specifisch katholischen Geistes. Viele katholische Länder lösten die Orden auf; dabei müsse etwas liegen, was dem Staate Bedenken erweckt. Die erzieherische Thätigkeit der Orden könne er nicht unbedingt gut heißen; er müsse tadeln, daß Prälaten, wie die, welche in Tirol den bekannten Protest erließen, Kinder ganz und voll erziehen; die Vorgänge in Tirol müßten schmerzlich berühren. Namentlich in der Erziehung der Idioten beweise die Kirche, daß sie nicht nur eine Magd sei, die zu dienen wisse. Er danke dem Abg. Dr. Windthorst, daß er von Schwesterkirchen gesprochen; von evangelischer Seite fasse man das Verhältniß stets so auf. Wenn ein Streit zwischen beiden bestehe, so sei es nur der, wer am lebendigsten glaubt und am innigsten liebt. Stelle man sich auf diesen Boden, so werde der Kulturkampf — ein Kampf gegen die Kultur — unmöglich. v. Heeremann: Die besten Katholiken seien auch die besten Staatsbürger. Nach seiner Ansicht wären die Protestanten in Tirol immer noch besser daran, als die Katholiken in Preußen. (Heiterkeit.) Cultusminister v. Puttkamer: Er habe dem Centrum gegenüber eine schwierige Stellung; während dieses mit Recht an die edelsten Gefühle der Menschheit appelliren könne, müsse er den Standpunkt des Staates vertreten. Die meisten der heute vorgebrachten Beschwerden würden durch die Vorlage erledigt, für welche das Centrum also dankbar sein müßte. Die geforderte Aufsicht verhindere und beschränke die humane Wirksamkeit der Orden keineswegs. Die größten und segensreichst wirkenden Orden, so die barmherzigen Brüder in Schlesien, unterwerfen sich der Staatsaufsicht, weil sie ihre humanen Zwecke für höher erachten als den Widerstand gegen die Staatsgewalt. v. Eynern: Mit seiner vorgestrigen Rede habe er allerdings dem ultramontanen Roß ein starkes Futter gegeben; er wisse nicht, wie es ihm bekommen, ob es fett oder mager davon werde. (Allgemeines Ah! das fast wie Au! klang.) Ginge durch die englischen Blätter eine solche Notiz, wie die über einen Vorgang in Münster, so würde sofort eine amtliche Untersuchung eingeleitet; er empfehle dies der preußischen Regierung zur Nachahmung. Der Verfasser des Syllabus habe die Protestanten den Abschaum der Völkerei in allen Landen ꝛc. genannt; er wünsche dem Abg. Pastor Stöcker liebenswürdigere Schwestern als diese katholische Kirche. Er erklärt schließlich, daß die Nationalliberalen für § 10 stimmen werden. Abg. von Schorlemer-Alst: Wenn der römische Gelehrte die vom Vorredner erwähnte Aeußerung gethan, so verurtheile er sie aufs Schärfste. Die über einen Fall in Münster verbreiteten Nachrichten seien vollständig entstellt, wie die bereits angestellte Untersuchung ergeben habe. Warum man die Ordensschwestern, die edelsten Frauen der Nation, unter polizeiliche Kontrole stelle, begreife kein vernünftiger Mensch. P. Stöcker habe Mitgefühl für das Mißgeschick der katholischen Kirche; lieber wäre es ihm, Stöcker hätte ein Gefühl für das verletzte Recht. Man weise immer auf Tirol hin; er verweise dafür auf Schweden und Mecklenburg, deren Verhältnisse man zu vergessen scheine. § 10 wird in der Fassung der Regierungs-Vorlage angenommen. § 11 will es königlicher Verordnung überlassen, den Vorsitz im Kirchenvorstand anders als seither zu regeln. Die Vertreter der Nationalliberalen und der conservativen Parteien erklären sich gegen den Artikel. Seitens der Regierung werden keine Versuche gemacht, den Artikel zu retten. Dr. Windthorst verlangt für die katholische Kirche, was der evangelischen gewährt ist, daß der Geistliche im Kirchenvorstand den Vorsitz führe. § 11 wird abgelehnt. Die beiden conservativen Fractionen beantragen die Aufnahme eines § 12, nach welchem das Gesetz am 1. Januar 1882 wieder außer Kraft treten soll. v. Zedlitz und Wedell-Malchow begründeten den Antrag und hoffen, daß bis dahin die Kurie einen Friedensschluß nicht ferner verweigert haben werde. Dr. Bär und Dr. Windthorst bestreiten, daß auf Grund dieses Gesetzes zum Frieden zu gelangen sei. Letzterer berief sich auf das warme Herz des Kaisers, der den Frieden wolle, aber die seinen Willen ausführten, finden allerlei Schwierigkeiten. Windthorst bedauert, daß das Centrum die Vorlage ablehnen müsse, weil der Kultusminister wirklich nicht entgegenzukommen versucht und weil vielleicht ein festeres Zusammengehen mit den Konservativen, das angesichts der Zeitverhältnisse nöthig, gestört sei. Geheimrath Tiedemann legt Verwahrung dagegen ein, daß Windthorst seine Amtsstellung mit der Spaltung der Freikonservativen in Beziehung bringe, er werde sonst gelegentlich Windthorst's Stellung als Rathgeber der Welfen in die Debatte ziehen. Der Artikel 12 wird angenommen. — Morgen finden Interpellationen, betreffend der Unterelbe und des Nothstandes, statt. Sonnabend ist die dritte Lesung der Kirchenvorlage. Der Ministerrath tritt wegen Stellungnahme der gefaßten Beschlüsse zusammen. Wahrscheinlich erfolgt die Streichung des Bischofsartikels und die Wiederherstellung des Art. 1 mit der Jesuitenklausel.

Da der russische Botschafter Saburoff in Familienangelegenheiten sich nach Dresden begeben hat, so fand gestern und heute keine Konferenzsitzung statt. Die Pforte will der technischen Kommission Schutz gewähren, wenn die Tracirung der Grenzlinie mit türkischer Zustimmung erfolgt. Nach dem Londoner „Standard" habe die Türkei den Rath der Großmächte, auf Janina zu verzichten, angenommen.

Frankreich. Die Stimmung der gemäßigten republikanischen Senatoren ist gedrückt, sie werden nur mit Widerwillen der Amnestie zustimmen. Doch gilt die Annahme der Amnestie durch den Senat für gewiß. — Das gesammte Personal der Staatsanwaltschaft von Versailles nahm plötzlich seinen Abschied, um nicht die Dekrete gegen die Jesuiten und sonstigen Mönchsorden zur Anwendung bringen zu müssen.

Berliner Börse vom 24. Juni. Heute ziemlich stark mit der Prolongation der Engagements beschäftigt, ließ die Börse jeden Coursaufschwung vermissen. So notiren denn auch die Effekten ungefähr wie gestern. Trotzdem läßt die Stagnation erkennen, daß die Situation der Börse eine gesunde ist und die Realisationen nicht im Stande sind, die Course erheblich zu drücken. Sächsische Werthe angenehm.

Lokales und Sächsisches.

— Der Oberpfarrer Göllnitz in Rötha hat das Ritterkreuz 1. Kl. vom Albrechtsorden erhalten.

— Auf die Tagesordnung der nächsten Stadt-Verordneten-Sitzung ist nun endlich die Bürgermeisterwahl gesetzt worden. Welchen Ausgang die Wahl nehmen wird, darüber zerbrechen sich selbst die wetterkundigsten Stadtverordneten den Kopf. Noch nie war die Meinung in dem Collegium so zer-